



Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Eva von Angern (DIE LINKE)

Umsetzung des „Landesaktionsplans für Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt“

Kleine Anfrage - KA 7/122

Vorbemerkung des Fragestellenden:

In der sechsten Legislaturperiode hat der Landtag von Sachsen-Anhalt einstimmig für die Erarbeitung eines „Landesaktionsplans für Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt“ votiert.

Die neue Landesregierung hat sich in dem Koalitionsvertrag zu einer „konsequenten Umsetzung“ und Ausfinanzierung (neben den Community-Verbänden und zusätzlich zum „Landesprogramm geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt“) desselben verpflichtet.

Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium für Justiz und Gleichstellung

- 1. Welche konkreten Schritte zur Umsetzung des „Landesaktionsplan für Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt“ sind in welchem zeitlichen Rahmen geplant?**

Die Landesregierung plant, im Jahr 2016 einen Schwerpunkt auf Öffentlichkeitsarbeit sowie auf Maßnahmen aus dem Bereich „Bildung und Aufklärung“ zu legen. Dies sind im Bereich Öffentlichkeitsarbeit z. B. die Gestaltung, der Druck und die Veröffentlichung des Aktionsprogramms sowie der Broschüre „Geschlechter- und Familienvielfalt. Eine Kinderbücherliste“ und im Bereich „Bildung und Aufklärung“ z. B. eine Kooperation mit der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalts zur Platzierung der Themen Trans- und Intergeschlecht-

(Ausgegeben am 18.08.2016)

lichkeit im Gesundheitswesen, eine Strukturanalyse zur Beratung zu geschlechtlich-sexueller Vielfalt in den Ehe-, Familien-, Lebens- und Erziehungsberatungsstellen des Landes sowie eine Podiumsdiskussion zu Homophobie und Geschlechterungleichheit im Sport im Rahmen der Hirschfeld-Tage 2016.

In 2017 bis 2018 ist - vorbehaltlich zur Verfügung stehender Haushaltsmittel - vorgesehen, die Hauptprojekte des Programms umzusetzen.

Ab 2019 wird der Fokus auf das Themenspektrum „Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität“ gerichtet.

- 2. Wann wird die Landesregierung die von ihr im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellte unabhängige Landeskoordinierungsstelle zur LSBTI-Thematik einrichten und mit Hilfe welcher finanziellen Rahmens und welcher Förderform (Projektförderung oder institutionelle Förderung) wird die langfristige personelle und sachliche Ausgestaltung sichergestellt?**

Die Landesregierung möchte Effektivität und Nachhaltigkeit in der Arbeit einer solchen Koordinierungsstelle sicherstellen. Zeitlicher und finanzieller Rahmen der einzurichtenden Landeskoordinierungsstelle sind daher momentan noch in der Abstimmung begriffen und stehen unter dem Vorbehalt zur Verfügung stehender Haushaltsmittel.

- 3. Mit Hilfe welcher Maßnahmen, zusätzlich zu den bereits bestehenden, unterstützt die Landesregierung die Aufklärung an Schulen, in der Ausbildung, im Studium und Beruf, um der Homophobie im Alltag entgegenzuwirken und für Präventions- und Interventionsstrategien bei Gewalt gegen LSBTI zu sensibilisieren?**

Die Landesregierung fördert die Arbeit von Vereinen im Land, die in allgemein- wie berufsbildenden Schulen sowie für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Schulungen im Themenfeld geschlechtlich-sexuelle Vielfalt durchführen. Darüber hinaus werden über das Aktionsprogramm LSBTTI Maßnahmen in den Bereichen allgemeinbildende und berufsbildende Schulen (Handlungsfeld „Bildung und Aufklärung“, Kap. 2) und Maßnahmen im Bereich Hochschulen (Handlungsfeld „Bildung und Aufklärung“, Kap. 5) unter dem Vorbehalt zur Verfügung stehender Haushaltsmittel umgesetzt.

Im Bereich allgemeinbildende und berufsbildende Schulen umfasst dies z. B. die Evaluierung des RdErl. zu Sexualerziehung MK vom 15. April 2015 sowie die Überarbeitung der Fachlehrpläne für Gymnasien/Fachgymnasien.

Im Bereich Hochschulen wird während der Umsetzung des Aktionsprogramms ein fachlicher Dialog insbesondere dazu angestoßen werden, wie und in welchem Umfang sich das Thema sexuelle Bildung in spezielle Studiengänge integrieren lässt. Dies bildet die Grundlage für das weitere Handeln der Hochschulen.